



KANTONALER GEWERBEVERBAND ZÜRICH

**MEDIENMITTEILUNG
vom 31. Oktober 2006**

Das Familienzulagengesetz ist eine Mogelpackung

Das Zürcher Komitee „Nein zur falschen Familienpolitik“ hat heute an einer Medienkonferenz die Gründe für eine Ablehnung des Familienzulagengesetzes dargelegt. Das Gesetz verursache hohe Kosten, erhöhe den administrativen Aufwand und bringe kaum jemandem einen substantiellen Mehrwert. Die Arbeitgeberverbände im Kanton Zürich zeigen sich kampfbereit.

Die Regelung der Familienzulagen ist heute Sache der Kantone. Alle Kinder erwerbstätiger Eltern haben bis zum Erreichen einer bestimmten Alterslimite Anspruch auf Kinder- und Ausbildungszulagen. Die aktuelle Höhe der Kinderzulagen liegt im Durchschnitt bei Fr. 195.60 pro Kind und Monat. Nun hat das eidgenössische Parlament im Frühling mit hauchdünner Mehrheit ein eidgenössisches Familienzulagengesetz verabschiedet. Trotz massiver Verschuldung der öffentlichen Hand und akuten Finanzengpässen bei wichtigen Sozialwerken sieht das Gesetz einen weiteren teuren Sozialausbau vor. So sollen die Kinderzulagen auf mindestens 200 Franken erhöht werden, die Ausbildungszulagen auf mindestens 250 Franken.

Folgende Gründe sprechen für eine klare Ablehnung des Familienzulagengesetzes:

Teuer und schädlich

Gesamthaft würde das Gesetz jährliche Mehrkosten von rund 600 Millionen Franken auslösen. Gut 450 Millionen Franken davon hätten die Arbeitgeber zu tragen. Zudem mindert jede Mehrbelastung der Wirtschaft die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen, was die Sicherheit unserer Arbeitsplätze gefährdet. Angesichts aufgelaufener Schulden von 240 Milliarden Franken wäre die öffentliche Hand kaum in der Lage, die ihr übertragenen Zusatzaufgaben aus den laufenden Einnahmen zu finanzieren. Weitere Steuer- und Abgabenerhöhungen wären die Folge.

Kein Sozialausbau, keine neue Sozialversicherung

Milliardenschulden drücken die Invaliden- und Arbeitslosenversicherung. Die Finanzperspektiven der AHV sind düster. Die dringend notwendige Sanierung dieser Sozialwerke wird schmerzhaft werden. Ein weiterer Sozialausbau, wie ihn das Familienzulagengesetz vorsieht, liegt deshalb nicht drin. Luxuszulagen, wie sie das Gesetz vorsieht, sind klar zurückzuweisen. Desgleichen gilt es die Schaffung einer neuen Sozialversicherung auf Bundesebene abzulehnen.

Falscher Ansatz für wirkungsvolle Familienpolitik

Familien brauchen gute Rahmenbedingungen und keine aufgeblähten Umverteilungsapparate. Familienfreundliche Steuersysteme und gute Bildungsangebote sind hilfreicher als marginal höhere Zulagen. Zudem versickert beim Ausbau von Giesskannensubventionen viel Geld sozialpolitisch nutzlos. Diese Mittelverschwendung sollten wir uns nicht leisten. Die föderalistische Ausgestaltung der Familienzulagen hat sich bewährt, das System ist leistungsfähig und verlässlich. Störend ist auch, dass neu zulasten der Steuerzahler Nichterwerbstätige Zulagen erhalten sollen - selbst wenn ihre Kinder im Ausland leben. Selbständigerwerbende gingen dagegen leer aus. Das ist ungerecht!

Kontaktadresse:

KANTONALER GEWERBEVERBAND ZÜRICH

Martin Arnold, Geschäftsleiter

Robert E. Gubler, Präsident

Badenerstrasse 21
Postfach 2918
8021 Zürich
Telefon 043 288 33 66
Mobile 079 678 82 82
martin.arnold@kgv.ch

Wengistrasse 7
Postfach
8004 Zürich
Telefon 0444 555 666
robert.gubler@piar.ch